

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Jahren kontinuierlicher Haushaltsdefizite verzeichnetet das Land seit Januar 2024 erstmals wieder einen Haushaltsüberschuss. Laut Angaben des Statistikamtes INDEC erreichte Argentinien im Juni 2025 einen Handelsüberschuss von 906 Millionen US-Dollar. Für das erste Halbjahr summierte sich der Außenhandelsüberschuss auf rund 2,8 Milliarden US-Dollar, getragen vor allem von Exportsteigerungen von 10,8 % im Jahresvergleich. Gleichzeitig nahmen jedoch die Importe um 35,9 % zu. Außerdem sank die Inflationsrate im Zeitraum Mai 2025 auf 47,3 % und ist damit deutlich unter dem Höchststand von 210 % im Dezember 2023.

Ein zentrales Instrument dieser Stabilisierung war ein neuer IWF-Kreditrahmen über 20 Milliarden US-Dollar, dessen erster Betrag von 12 Milliarden unmittelbar ausgezahlt wurde. Weitere Auszahlungen sind an Bedingungen wie Haushaltsdisziplin, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und eine weniger regulierte Wechselkurspolitik geknüpft.

Parallel zum Wahlkampf treibt die Regierung die Umsetzung des umfassenden grundlegendem Gesetzespaketes ("Ley Bases") voran. Bis August 2025 wurden etwa ein Viertel der Deregulierungsmaßnahmen realisiert, darunter die Schließung staatlicher Behörden, Privatisierungen und das Stoppen nationaler Bauprojekte. Die Regierung rechnet mit jährlichen Einsparungen von rund 2,1 Milliarden US-Dollar.

Zusätzlich verfolgt Präsident Milei das Ziel, große Mengen privaten Kapitals zu mobilisieren, die sich außerhalb des Finanzsystems befinden. Die Regierung schätzt diese informellen Vermögenswerte auf bis zu 200 Milliarden US-Dollar. Neue Regelungen ermöglichen es Bürgern, bis zu 43.000 US-Dollar für Immobilien oder bis zu 85.000 US-Dollar für Festgeldanlagen ohne Herkunftsnnachweis anzulegen. Damit soll frisches Kapital ins Finanzsystem fließen.

Folgen der Sparpolitik für Wirtschaft und Gesellschaft

Die staatlichen Ausgabenkürzungen führten zu erheblichen strukturellen Spannungen zwischen der Zentralregierung und mehreren Provinzen. Dadurch, dass die Bundesregierung fast alle öffentlichen Bauprojekte gestoppt hat, zahlreiche mehrere Provinzen zunehmend bundesstaatliche Aufgaben. Einige Provinzen protestieren dagegen, indem sie verfallene Nationalstraßen mit Schildern markieren, um auf die Zuständigkeit des Bundes hinzuweisen.

Besonders stark betroffen von der Sparpolitik ist der Gesundheitssektor, die Wissenschaft und Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen sowie auch Rentnerinnen und Rentner. Das Kinderkrankenhaus Garrahan zeigt die angespannte Lage im Gesundheitswesen, denn trotz nominaler Zuwächse schrumpft das Budget real um etwa 30 %, viele Ärzte wechseln wegen niedriger Löhne in den Privatsektor und Gehaltserhöhungen bleiben aus. Auch im Forschungsbereich führte die Auflösung des Wissenschaftsministeriums zu mehr als 4.000 Stellenverlusten – ein Einschnitt, den 68 Nobelpreisträger als drohenden „cientificidio“ bezeichnen.

Dies betrifft zudem auch Menschen mit Behinderungen, denn Tausende Invaliditätsrenten wurden ausgesetzt, während die zuständige Behörde chronisch unterfinanziert ist und Honorare für Fachkräfte zudem monatlang eingefroren bleiben.

Schließlich tragen Rentnerinnen und Rentner zusätzlich einen großen Teil der Sparlast, denn ihre real sinkenden Bezüge machen rund 19 % der nationalen Einsparungen 2024 aus.

Verfall der Reallöhne

Nichtdestotrotz spricht die Regierung von steigenden Einkommen, doch real verlieren Beschäftigte an Kaufkraft. Berechnungen von SIPA und INDEC zeigen, dass die Reallöhne seit Januar 2025 jeden Monat gesunken sind. Im privaten Sektor entsteht das „Plus“ nur durch längere Arbeitszeiten, nicht durch höhere Löhne. Der leichte Beschäftigungsanstieg beruht vor allem auf unsicheren, selbstständigen Jobs. Im öffentlichen Dienst sinken die Reallöhne besonders stark, und selbst die Gewerkschaften sind gespalten.

Politische Entwicklungen

Die politischen Entwicklungen sind geprägt von Korruption, parlamentarischen Rückschlägen und internen Konflikten. Im Juni 2025 bestätigte der Oberste Gerichtshof das Urteil gegen Cristina Fernández de Kirchner, die wegen Unregelmäßigkeiten bei Straßenbauaufträgen zu sechs Jahren Hausarrest und lebenslangem Amtsausschluss verurteilt wurde, während auch Ex-Präsident Alberto Fernández wegen mutmaßlich manipulierten Versicherungsverträgen staatlicher Stellen unter Korruptionsverdacht steht. Gleichzeitig erlitt Präsident Milei am 10. Juli seine bislang schwerste parlamentarische Niederlage, als der Senat vier Sozialgesetze verabschiedete, die seinen strikten Sparkurs abschwächen, woraufhin er ein Veto und rechtliche Schritte ankündigte. Im August wurde die Regierung zudem durch einen Korruptionsskandal bei der Sozialbehörde ANDIS getroffen: Leaks belasteten Direktor Diego Spagnuolo, der in Audios von hohen Bestechungszahlungen bei Medikamentenvergaben spricht und dabei auch Präsidialaufsichtsministerin Karina Milei und ihr direktes Umfeld erwähnt. Spagnuolo wurde entlassen, die Behörde unter staatliche Aufsicht gestellt, und die Ermittlungen führten zu Razzien sowie Bargeldbeschlagnahmungen. Rund 62 % der Bevölkerung halten die Vorwürfe für glaubwürdig, Mileis Zustimmung sank deutlich, die Opposition gewann an Stärke, und in mehreren Städten kam es zu gewalttatenhaften Auseinandersetzungen.

Wahlkampf in der Provinz Buenos Aires

Die Provinz Buenos Aires spielt bei den argentinischen Legislativwahlen 2025 eine Schlüsselrolle. Mit knapp 40 % der Landesbevölkerung – und einem Anteil von über 32 % am nationalen BIP gilt sie als politisches und wirtschaftliches Herz des Landes. Am 26. Oktober 2025 finden dort Wahlen statt. Die Provinz-Legislativ-Wahl Buenos Aires gilt als Richtungsanzeige für die nationale Politik, da Buenos Aires traditionell das Machtzentrum des Peronismus ist. Gouverneur Axel Kicillof versucht, diese Bastion zu verteidigen, während Präsident Javier Milei mit seiner Bewegung *La Libertad Avanza* – unterstützt durch Teile der konservativen PRO – um Einfluss kämpft.

In den Monaten Juni bis August treten die Konservativ-liberale Partei in drei zentrale politische Konfliktlinien hervor. Erstens versuchte die Regierungspartei La Libertad Avanza (LLA), PRO vollständig zu integrieren, um das rechte politische Spektrum zu dominieren. Aufgrund grundlegender inhaltlicher Unterschiede gelang dies jedoch nur teilweise. Für die Provinzwahlen schlossen sich dennoch führende PRO-Politiker wie Ritondo, Santilli und Montenegro mit LLA zusammen, um gemeinsam gegen den Kirchnerismus anzutreten. Dieses Bündnis löste

innerhalb des PRO jedoch erhebliche Spannungen aus: Die Partei steht vor der Entscheidung, entweder die Allianz mit Milei zu vertiefen oder ihre eigene programmatische Identität zu behaupten. Zudem kam es im Peronismus zu deutlichen Machtkämpfen zwischen führende Figuren wie dem Gouverneur der Provinz Buenos Aires Axel Kicillof, Ex-Präsidentin Cristina Kirchner und dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Sergio Mass. Besonders Kicillof verschärfte die Auseinandersetzung, indem er Mileis Wirtschaftsprogramm als „Plan zur Vernichtung der nationalen Produktion“ bezeichnete. Er warf der Regierung vor, die produktive Basis der Provinz Buenos Aires zu zerstören und trotz gegenteiliger Wahlversprechen aktiv in den Devisenmarkt einzutreten, um den Peso künstlich stark zu halten. Zugleich rief er alle betroffenen gesellschaftlichen Gruppen zur Mobilisierung und dazu auf, Mileis Kurs bei den kommenden Wahlen zu stoppen.

Außenpolitik

Die Außenpolitik Argentiniens schwankt weiterhin zwischen einer deutlichen Wiederannäherung an die USA und einer vorsichtigen Fortsetzung wirtschaftlicher Kooperationen mit China. Der US-Botschafter Peter Lamela, ernannte auch die Trump-Administration, kündigte an, gegen den wachsenden Einfluss Chinas, Irans, Kubas und Nicaraguas in der Region vorzugehen. Gleichzeitig schloss Argentinien ein Abkommen mit dem chinesischen Konzern Gezhouba zur Fortsetzung der Arbeiten an der Jorge-Cepernic-Staumauer und erleichterte chinesischen Staatsbürgern mit US-Visa die Einreise. China reagierte auf Lamelas Aussagen mit scharfer Kritik und warf Washington ein „Denken wie im Kalten Krieg“ vor.